

Für die breite Koalition.

Aus Berlin schreibt man uns:
Der sozialdemokratische Parteitag hat mit Überlegenheit die Mehrheit der Entscheidung des Parteivorstandes über die Regierungsbildung angenommen. Die sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag und in den Parlamenten der Länder haben also freie Hand bekommen, auch mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden und diese Frage dürfte im Reich sowohl wie in Preußen in allerhöchster Frist akut werden. Als die preussische Regierungsbildung auf Grund der neuen Landtagswahlen erfolgte, hielten wir sie für die Brücke auch einer Koalitionserweiterung im Reich. Die Tatsachen haben uns Recht gegeben. Es konnte auch gar nicht anders kommen, denn man mußte damit rechnen, daß die Sozialdemokratie es nicht lange im Schmolzwinkel aushalten, sondern versuchen würde, wieder in die preussische Regierung hineinzukommen. Die Gerechtigkeit, die der preussische Ministerpräsident Stegerwald den wiederholten Ausschreibungen der Sozialdemokratie zum Rücktritt entgegensetzte, hat Früchte gezeitigt, mit denen jetzt auch die Sozialdemokraten wohl zufrieden sein werden. Und die Erkenntnis, die auf ihrem Parteitag zu ihrer eigenen und zur allgemeinen Befriedigung durchgedrungen ist, dürfte wohl noch nicht vorhanden sein, wenn in Preußen eine Regierung aus Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie bereits erzielt wäre.

Es ist doch aber unbestreitbar ein Vorzug, wenn die Verhältnisse in Deutschland wieder mehr konsolidiert werden und nicht bei jeder politischen Entscheidung ein eigens hierfür zusammengesetztes Kabinett notwendig wird. Denn nur an einer größeren Stabilität der Regierungen können auch stabile Verhältnisse im Inlande emporkommen und das kann man von keiner Seite bestreiten, daß diese in erster Linie dem deutschen Lande not tun, wobei man allerdings die Erwartung aussprechen muß, daß die Zusammenarbeit von Deutscher Volkspartei, Demokratie, Zentrum und Sozialdemokratie Verhältnisse schafft, die auch auf die Dauer erträglich sein können, und dazu gehört in erster Linie auch, daß die ungerechten Ausnahmegesetze von heute auf morgen aufgehoben und durch allgemein und für allezeit gültige Normalgesetze ersetzt werden. Inwieweit kann man es als politischen Erfolg buchen, daß die Sozialdemokratie ihre Aufgabe wieder in positiver Mitarbeit erblickt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Am Dienstag vormittag leitete der Sozialdemokratische Parteitag die Debatte über den Vorstandsbericht fort. Eingegangen ist inzwischen eine Resolution Hermann Müller zur Frage des Friedensvertrages und der Außenpolitik, in der es u. a. heißt:

Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages verhindern die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen. Die Gesundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufbauenden Kräfte aller Länder zur Voraussetzung. Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, um den schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist auf die Dauer unerträglich. Die Schäden des Weltkrieges können nicht von einem Volke allein repariert werden. Die Lage der Arbeiterklasse, in den Siegerstaaten sowohl wie in den neutralen und besetzten Ländern erfordert gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages. Vor allem aber ist eine Klärung auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung Rücksicht nehmende Entscheidung des für das Reich lebenswichtigen obersteinsten Industriegebietes erforderlich. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen dem Versailler Vertrage widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen gefordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Republik gegen jeden Angriff zu sichern.

Ruben-Braunschweig, als Vertreter der Sozialdemokraten im sozialistisch regierten Braunschweig, trat für ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen und für eine Studienkommission zur Demokratisierung der Verwaltung ein. Der Reichskanzler a. D. Hermann Müller begründete die Vorstandsresolution zur Regierungsbildung. Bamberger-Debesio billigt die Richtlinien der Resolution. Abg. Edward Bernheim erörtert die Folgen seiner Ablehnung der Resolution: Nichtertritt in die preussische Regierung und Gefährdung der Stellung der Parteien der Reichsregierung. Einigung mit den Unabhängigen sei erst möglich, wenn sie sich zur Mitarbeit bereitfinden. Mit der wirtschaftlichen und geistigen Macht der Deutschen Volkspartei müsse man rechnen. Pitzsch-Breslau sucht zwischen der Mehrheit und der Opposition zu vermitteln. Der Eintritt in eine Koalitionsregierung soll nur unter Innehaltung der Mindestforderungen erfolgen. Die Leiterin der Frauenorganisation, Reichstagsabgeordnete Frau Inaba-Berlin, beschwor eine energische Frauenagitation. Geringer-Köln, Roser-Gemnis und Schiller-Böttchen bekämpften die Vorstandsresolution, weil sie die Einigung mit den Unabhängigen verhindere. Dagegen befürworteten Frau Grünberg-Warnberg und Wolmann-Schwerin, die Resolution. Dr. Adolf Röhrs-Blaulensee behandelte die Frage unter außenpolitischen Gesichtspunkten. Wenn die Partei Kräfte zur Verfügung habe, die ihr Klipp und Klar anbieten, werde sie sich rasch an ihr und am deutschen Volke. Die Auseinandersetzung auch mit dem Zentrum werde eines Tages kommen. Die außerordentliche Situation erfordert außerordentliche Lösung. Ministerpräsident a. D. Braun zeigte sich angenehm überrascht durch die Schwäche der Opposition und ihrer Argumente. Es komme nicht auf zahlenmäßige Stärke der Partei in der Koalition an, sondern auf das Respekt und den Mann, den man stellen könne. (Zustimmung.) Es komme auch nicht auf die Entlassung der alten Beamten an; man müsse von ihnen nur verlangen, daß sie der Republik ebenso dienen, wie früher der Monarchie. Franz-Rattowich schloß die Debatte ab. Die Beschlüsse der Parteitag wurden einstimmig angenommen. Im Schlußwort sagte der Referent Franz Krüger, daß niemand in der Sozialdemokratie unter allen Umständen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei wolle. Wir müssen vielmehr es der sachlichen Prüfung des einzelnen Falles überlassen, mit welcher Partei wir zusammengehen.

Darauf wurde der Antrag des Parteivorstandes und des Parteivorstandes über die Regierungsbildung mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen. In der Resolution ist das Wort „Wahlforderungen“ nunmehr durch das Wort „Mindestforderungen“ ersetzt und der letzte

Die Angst vor einem deutschen Banterott.

Die „Stampa“ warnt.

Aus Rom wird dem D. Z. gemeldet: Ein Leitartikel der „Stampa“ weist auf die Gefahren hin, die ein in London oder ein selbst schon in Paris deutlicher deutscher Banterott für ganz Europa mit sich bringen würde. Sogar in Frankreich breche sich die Angst vor einer solchen Eventualität Bahn, die lediglich auf das Verhalten der Entente, zumal der Franzosen, zurückzuführen wäre. Ein Land wie Deutschland könne im Herzen des ohnehin schon so geschwächten Europas nicht fallieren, ohne die übrigen Länder in seinen Ruin hinein zu reißen. Der Wiederaufbau Europas sei unüberwindlich, wenn man in der Mitte des Kontinents eine Wüste schaffe.

„Kann Deutschland bezahlen?“

Die Londoner „Morning Post“ veröffentlicht den ersten Artikel ihres Sonderkorrespondenten in Deutschland zu der Frage: „Kann Deutschland bezahlen?“ Der Artikel befaßt sich eingehend mit dem Stande der chemischen Industrie in Deutschland. Der Korrespondent meint, daß die deutsche chemische Industrie trotz der Hemmnisse, die der Friedensvertrag der deutschen Industrie auferlege, unter gewissen Voraussetzungen in der Lage sein werde, ihren Anteil an den deutschen Reparationen aufzubringen. Der Korrespondent fragt zum Schluß, wer die Waren, die Deutschland gewonnen wird zu erzeugen (nachdem unter dem Zwange des Friedensvertrages die Erzeugung in Deutschland zu einem bisher nicht geträumten Maße erhöht worden ist), verbrauchen wird? Ausland werde für zehn Jahre aus China und Indien seien ebenso unsichere Faktoren. Wenn jedoch die Hauptindustrie Deutschlands auf der vollen Erfüllung ihrer Forderungen bestanden, so müßte einer der größten Märkte für britische Erzeugnisse fast geschlossen bleiben während die deutschen chemischen Erzeugnisse sowohl an Qualität wie an Umfang zunehmen und die ganze Welt überflutet würden, während die chemische Industrie in den anderen Ländern von der Wucht dieses Wettbewerbes erdrückt würde. „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel zu diesen Ausführungen ihres Korrespondenten, was von der chemischen Industrie in Deutschland gelte, treffe mehr oder weniger auch für die anderen Industrien in Deutschland zu. Das Blatt schließt, Deutschland habe zwar seine Schwierigkeiten, und die politischen Aussichten seien noch immer ungewiß, aber Deutschland habe einen Vorteil, nämlich die Disziplin seiner Arbeiterschaft.

Eine amerikanische Stimme.

Die „Chicago Tribune“ aus New York meldet, hat der von einer Reise nach Europa zurückgekehrte Wirtschaftspolitiker John Woods u. a. erklärt: Die künstliche Blüte Deutschlands beruht auf seiner Geldinflation und führt es geradezu zu einer Katastrophe. Die Preise und Löhne werden in Deutschland bald ein derartiges Niveau erreichen, daß es mit den anderen Ländern nicht mehr wird im Auslande konkurrieren können. Dann wird der Zusammenbruch eintreten.

Zur Frage der wirtschaftlichen Sanktionen.

Die Neuter erklärt, scheint mit Sicherheit angenommen werden zu dürfen, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Bewahrung von Einfuhrzöllen durch Deutschland zu beobachten, lokal anzuführen

Abgah dahin geändert, daß die Fraktionen im Einverständnis mit dem Parteivorstand über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden sollen.

In der Nachmittags Sitzung des Parteitag wurde ferner ein Antrag betr. Bildung einer einheitlichen proletarischen Partei angenommen, ebenso ein Antrag, der das Streben über parteiliche Fragen in bürgerlichen Blättern verbietet. Ein Antrag Markwald über Justizreform und Einziehung des Hohenzollernschen Erbprinzums wurde dem Parteivorstande überwiesen. Der Antrag Löbe betr. Schaffung eines republikanischen Abgeordnetens wurde angenommen. Zahlreiche weitere Anträge wurden dem Parteivorstande überwiesen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, wonach zur Partei nicht gehören kann, wer Krieger oder Militärveteranen als Mitglied angehört.

Darauf erhaltet der Reichstagsabgeordnete Hoch den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Die Verhandlungen gehen dann am Mittwoch weiter.

Die bayerische Krise.

Aus München wird gemeldet: Die Bayerische Volkspartei hat den Abgeordneten Dr. Zahnbrecher, Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes Bela und unentwegten Anhänger Dr. v. Rabr, wegen großen Vertrauensbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Zahnbrecher hatte gestern früh in der „Münch. Sta.“ scharfe Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet. Remaxen verlannt und die Mißberatung Dr. v. Rabr gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Kommissionen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Dr. v. Rabr übertragen werden.

Die Kandidatur für den bayerischen Ministerpräsidentenposten.

Das „Münchener Blatt“ glaubt berichten zu können, daß Kaiserliches Vernehmen nach für den Ministerpräsidentenposten Graf Beckenhofen von der bayerischen Volkspartei ausserhalb worden ist. Graf Beckenhofen, ein Neffe des bekannten langjährigen Vertreters Waperns in Berlin, Graf Beckenhofen, war früher Bezirksamtman in Verchtesgaden und ist gegenwärtig Bevollmächtigter des Reiches in Darmstadt. Nach der gleichen Quelle wird damit gerechnet, daß die Umbildung des bayerischen Kabinetts nach in dieser Woche erfolgen wird.

Eine Frage an den Reichskanzler.

Die Berliner „Germania“ bringt einen Aufsatz „Rappismus“, in dem schließlich die Frage aufgeworfen wird, ob Dr. Weismann oder der Reichskanzler Latzchen aufzuweisen, daß in München unter dem Schutze einer reaktionären Regierung, von dieser bemerkt oder nicht, ein neuer Rapp-Putsch von verbrecherischen Elementen, die den Wort als Mittel benutzten, vorbereitet wurde? Das ist, Herr Reichskanzler, die formulierte Frage. Beantworten Sie sie so schnell wie möglich.

Eine Erklärung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung.

Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung in Berlin teilt mit: Auf die Anfrage des „Bayerischen Couriers“, ob ich mit dem unabhängigen Führer Toller

beabsichtigt. Ueber die genaue Auslegung dieser Entscheidung sind die Meinungen ziemlich weit auseinandergegangen. Es ist indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird und daß die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzige noch ausstehende Frage betrifft den Punkt, ob die internationalisierte Organisation die Eigenschaften eines Beobachters haben soll, um über die Erteilung von Visaen zu wachen und über jede unbillige unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zum Zwecke einer notwendig werdenden Aktion zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Gewährung von Visaen ihr Veto einzulegen. Britische Kreise sind für die erstgenannte Auffassung.

Anmerkung des W.Z.: Diese Neutermeldung bestätigt das, was bisher über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission mitzubilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber einem anderen in der Handhabung der Einfuhrregelungen benachteiligt wird. Sie wendet sich jedoch — und dieser Standpunkt wird nach dieser Neutermeldung von der englischen Regierung geteilt — gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff in die deutsche Wirtschaftshoheit erblickt werden müßte.

Eine weitere Meinung Reuters aus London befaßt: Dem Bernehmen nach könnten die die Sanktionen und die Auslegung der im Voraus getroffenen Anordnungen des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung und zwischen den alliierten und Deutschland sehr befriedigend fort. Der französische Botschafter sprach Dienstag im Foreign Office vor und erörterte die Frage mit dem ständigen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Botschafter der Meinung, daß der britische Standpunkt in der Frage der Modalitäten tatsächlich derselbe ist wie der französische Standpunkt; nur Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Die Aufgabe der Garantiekommission.

Wie der „Temp“ meldet, befaßt sich das Garantiekomitee morgen nach Berlin. Es wird vor allem die Aufgabe haben, das Funktionieren der Kontrolle über die deutsche Ausfuhr zu überwachen und die Modalitäten der alle drei Monate zu leistenden festen und veränderlichen Zahlungen zu bestimmen.

Die Besatzungstruppen am Rhein.

Frankreich hat bis zur Stunde nach der Zurücknahme der Ruhrtruppen noch 85 000 Soldaten im Rheinlande, während Belgien nur 15 000 und England nach der Entsendung der Besatzungstruppen für Oberdeutschland gegenwärtig noch 4000 Mann im Rheinlande unter Waffen hält.

Aus Berlin war gemeldet worden, daß man am 15. 9. mit dem Rückzug der französischen Truppen begonnen hätte, die eventuell das Ruhrgebiet besetzen sollten. In Wirklichkeit handelte es sich nur um überschüssige Truppen, die den Winter über nicht untergebracht werden können. Die Maßnahme ist auf die Initiative des Generals Degoutte und des Oberkommandos Lirard im vollen Einvernehmen mit dem Kriegsminister getroffen worden. Sie hatte in keiner Weise eine Aufhebung der militärischen Sanktionen zur Folge.

Eine neue Verhaftung.

In der Nordische Erberger wurde in Frankfurt a. M. der Leutnant a. D. Wilhelm Geinsitzgenommen und der Staatsanwaltschaft Offenburg zugeführt.

Der Verhaftete leugnete ganz entschieden, mit der Tat etwas zu schaffen zu haben oder auch nur eine Abnung vom dem betreffenden Plane der Ermordung gehabt zu haben. Soweit in Frankfurt bekannt ist, liegt weiter nichts vor, als daß der nach der Ermordung Erzbergers verhaftete Klinger aus München am Sonntag vor acht Tagen in Frankfurt a. M. bei Geinsitz zu Besuch war.

Das Angebot der Industrie.

Der vom Reparationsausfluß des Reichswirtschaftsrates zur Beratung des Antrages Bisfel, betreffend Heranziehung der Sachwerte für die Reparationen, eingeleitete neunwöchige Arbeitsausfluß beschäftigt sich in mehreren Sitzungen mit dem Angebot der Industrie, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits Mittel zur Erfüllung seiner auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. In erster Sitzung wurde ein vom Referenten Dr. Wachenburg ausgearbeiteter Plan zur Kreditorganisation entworfen, der eine Zusammenfassung der Gewerbe der Land- und Forstwirtschaft und Angliederung an die Berufsvereinigungen vorsieht. Als Kreditgrundlage ist eine Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber den Gesamtorganisationen gedacht und eine Haftung auf bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied für einen Ausfall innerhalb dieser Gruppe. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beträge, welche sie für die Amortisation mit Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkte ab dem Reiche zu verrechnen.

Eine scharfe englische Note an Rußland.

Reuters Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Seit Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens enthält sich die britische Regierung lokal jeder feindseligen Handlung gegen die russische Regierung. Dagegen hat die Sowjet-Regierung ihren Feldzug der Unwahrhaftigkeit und Feindseligkeit gegen die britische Regierung in ganz Mittelasien und Afghanistan verschärft. Die britische Regierung ist entschlossen, ein solches Vorgehen nicht zu dulden. Sie hat demgemäß nach Moskau eine in scharfen Worten abgefaßte Note gerichtet, in der sie die Aufmerksamkeit auf diesen Bruch des Vertrauens lenkt und Klärung verlangt.

Erklärung des amerikanischen Geschäftes.

Agence Havas meldet: Wie aus Moskau gemeldet